

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Walser, Freundinnen und Freunde

betreffend „Bildungsmilliarde“ Teil 2: Zusätzliche Investitionen in das österreichische Bildungssystem, 475 Millionen Euro in den Jahren 2009 und 2010 für Infrastruktur und professionelles nicht-pädagogisches Personal

eingebraucht im Zuge der Debatte über den dringlichen Antrag der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Walser, Freundinnen und Freunde betreffend „Bildungsmilliarde“ Teil 1: Erhöhung des Bildungsbudgets um 525 Millionen Euro für 2009 und 2010 - Budgetgarantie für Bildungsreformen

Begründung

Wir brauchen Investitionen in die Infrastruktur, also in die räumliche Ausstattung der Schulen, um SchülerInnen und LehrerInnen den ganztägigen Verbleib in der Schule zu ermöglichen. Derzeit sind die Schulen nicht darauf eingerichtet, SchülerInnen und LehrerInnen als ganztägiger Aufenthalt zu dienen. Für die SchülerInnen fehlt es an Raumalternativen zu den Klassenräumen. Es werden Aufenthaltsräume, Lernzimmer, Freizeitbereiche und Sportplätze benötigt. Schulküchen und Speisesäle müssen errichtet werden, damit die Kinder und Jugendlichen, aber auch die LehrerInnen, zu Mittag in der Schule eine warme Mahlzeit einnehmen können.

Derzeit steht den LehrerInnen in den Schulen üblicherweise 0,25 m² Arbeitsfläche im Konferenzzimmer und ein Ablagefach zur Verfügung. Zugriff auf Computer und das Internet ist oft nur schwer möglich. Um LehrerInnen den ganztägigen Aufenthalt in der Schule zu ermöglichen, brauchen LehrerInnen daher jeweils einen Schreibtisch und mindestens einen Computer samt Internetanschluss für zwei Lehrerkräfte.

Um den schrittweisen Umbau der Schulen und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Computern für die LehrerInnen zu finanzieren, sollen für 2009 und 2010 insgesamt 95 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Wir brauchen ein Dienst- und Besoldungsrecht, das bei den LehrerInnen sowohl Unterrichts- und Vorbereitungszeit als auch Betreuungszeiten beinhaltet und gerecht entlohnt. Höhere Einstiegsgehälter bei flacherer Gehaltskurve sorgen für eine bessere Verteilung des Lebensinkommens, das Dienstrecht muss die Möglichkeit für einen Auf- oder Umstieg innerhalb des Schulsystems (etwa in ein zu entwickelndes mittleres Management, in die Verwaltung oder angewandte Forschung) ermöglichen. Dieses Dienstrecht muss auch Leistungsanreize beinhalten. Reformen in diese Richtung hat die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die Medien bereits angekündigt.

Sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang, die Autonomie der Schulen voranzutreiben und für von der jeweiligen Schule festzulegende Schwerpunkte wie Begabungsförderung, Teamteaching, Freifächer, Nachmittagsbetreuung o.ä. zwei Stunden pro LehrerIn schulautonom zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig müssen LehrerInnen aber von Aufgaben befreit werden, für die sie nicht ausreichend qualifiziert sind. LehrerInnen sind beispielsweise keine KonfliktmanagerInnen, MediatorInnen, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen oder ErnährungsberaterInnen. Mittel für dieses professionelle nicht-pädagogische Personal sind international in den führenden „PISA-Ländern“ Standard, fehlen bei uns aber größtenteils nach wie vor.

Für das österreichische Schulsystem werden mindestens 1500 zusätzliche SchulpsychologInnen und 3000 SozialarbeiterInnen benötigt. Diese würden etwa 190 Millionen Euro pro Jahr an Personalkosten verursachen. Dieses Geld bereitzustellen, hat angesichts der Zustände an den Schulen oberste Priorität.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in den Budgetentwürfen für 2009 und 2010 weitere 475 Millionen Euro für den Bildungsbereich bereitzustellen. Damit soll einerseits professionelles nicht-pädagogisches Personal und Infrastrukturmaßnahmen für LehrerInnenarbeitsplätze finanziert werden.



Handwritten signatures of several members of the National Council of Austria, including the word 'Zil' (Goal) written in the upper right.